

Euro-Gipfel

Direkte Bankenhilfe - Erleichterter Zugang zum Rettungsschirm

29.06.2012 · Der Euro-Gipfel hat am Freitag wichtige Beschlüsse getroffen. Der Rettungsschirm ESM etwa soll Krisenbanken direkt rekapitalisieren können. Die Beschlüsse im Überblick.



© REUTERS

Hat sich durchgesetzt: Italiens Regierungschef Mario Monti

- **Direkte Bankenhilfe:** Um den Teufelskreis zwischen angeschlagenen Banken und Staatsfinanzen zu durchbrechen, sollen Geldhäuser direkt aus dem Rettungsfonds ESM rekapitalisiert werden, heißt es in der Gipfelerklärung. Durch die Notkredite wird sich dann die öffentliche Verschuldung nicht mehr erhöhen - und die Zinsen könnten sinken. Mit dem Beschluss wird eine Kernforderung Spaniens erfüllt. Aber auch Irland wird in Aussicht gestellt, davon Gebrauch machen zu können, um die Schuldenfähigkeit zu erhöhen. Die Hilfe soll an „angemessene Bedingungen“ geknüpft werden.

- Voraussetzung für die direkte Bankenhilfe ist eine effiziente **Aufsicht auf der Euro-Ebene**. Die Kommission wurde beauftragt, in Kürze einen Vorschlag für einen entsprechenden Mechanismus zu präsentieren, an dem die Europäische Zentralbank beteiligt sein soll. Die Mitgliedsstaaten werden aufgerufen, den Gesetzesvorschlag vordringlich bis Ende des Jahres zu prüfen. Weil die direkte Bankenhilfe erst möglich ist, sobald eine einheitliche Aufsicht installiert ist, wird dies wohl frühestens 2013 möglich.

- Das bereits zugesagte **Rettungsprogramm für die spanischen Banken** soll so schnell wie möglich beschlossen werden. Anders als bislang vorgesehen, sollen die **Kredite der Europartner keinen Vorrang vor Krediten der Privatgläubiger** haben, wenn das Geld aus dem ESM kommt. Im Falle einer Pleite müssten die öffentlichen Geldgeber also genauso verzichten wie die Privatwirtschaft.

- Länder, die den Brüsseler Spar- und Reformverpflichtungen nachgehen, erhalten einen **erleichterten Zugang zu den Rettungsschirmen**. Wenn sie die Instrumente - etwa den Aufkauf von Staatsanleihen durch den Fonds - nutzen, müssen sie sich **keinem zusätzlichen Anpassungsprogramm** unterwerfen. Sie müssen lediglich eine Vereinbarung unterzeichnen, dass sie die Vorgaben aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und die Hausaufgaben der Kommission fristgerecht erfüllen. Das ist ein großes Entgegenkommen an Italien, das bislang aus Sorge vor den strengen Konditionen vor dem Griff zum Eurotropf zurückgeschreckt war.

- Die Eurogruppe soll die Beschlüsse bis zum 9. Juli umsetzen.

- Die **Vertiefung der Eurozone** wird vorangetrieben. Die Euro-Chefs einigten sich auf die Baustellen: Den **Aufbau einer Banken-Union**, einer **Fiskal-Union** und einer **politischen Union**. Im Arbeitspapier der Vierergruppe um EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy findet sich weiterhin der Unterpunkt einer schrittweisen Ausgabe von Gemeinschaftsanleihen. Die Bundesregierung wies die Mutmaßung von Italiens Ministerpräsident Mario Monti zurück, damit sei die Tür zu Euro-Bonds geöffnet. Über die Inhalte soll erst auf dem nächsten Gipfel im Oktober gesprochen werden.